

CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika



Jahrgang 33/2018 No. 11-12

**abgeschlossen am
8. Januar 2019**

	<u>Seite</u>
1. Teilweiser Regierungsstillstand durch Haushaltsblockade ungelöst	1
2. Senat rügt das saudische Königshaus im Fall Khashoggi scharf	2
3. Massive überparteiliche Kritik im Kongress an Präsident Trumps Entscheidung zu Syrien	6
4. Personalkarussell in der Trump-Administration dreht sich weiter	8
5. Kongress verabschiedet Strafrechtsreform mit breiten Mehrheiten	10
6. Demokraten gewinnen klare Mehrheit in den Wahlen zum Repräsentantenhaus	11
7. Republikaner bauen ihre Mehrheit in den Senatswahlen leicht aus	14
8. Demokraten verzeichnen signifikante Zugewinne in den Wahlen der Einzelstaaten	17
9. Demokratin Pelosi zur <i>Madam Speaker</i> des Repräsentantenhauses gewählt	18

1. Teilweiser Regierungsstillstand durch Haushaltsblockade ungelöst

Präsident Trump und die demokratische Opposition im Kongress haben sich bis zum 8. Januar 2018 (dem Redaktionsschluss für diese Ausgabe des *Congress Report*) nicht auf einen Kompromiss zur Lösung der Haushaltsblockade einigen können, die seit dem 22. Dezember 2017, also seit 17 Tagen, zu einem teilweisen Regierungsstillstand in den USA geführt hat.

Vom sogenannten „government shutdown“ sind etwa 800.000 Bundesbedienstete in den USA betroffen, die seitdem keine Lohnzahlungen mehr erhalten. Manche von ihnen, die beispielsweise für den *National Park Service* arbeiten, wurden nach Hause geschickt. Andere, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Transportation Security Administration* müssen ihre Aufgaben auch weiterhin, allerdings ohne Vergütung, erfüllen. In der Hauptstadt Washington, D.C. sind beispielsweise der *National Zoo* auf Grund der andauernden Haushaltsblockade ebenso geschlossen wie die Museen der *Smithsonian Institution*.

Dem Kongress war es im Rahmen des jährlichen Haushaltsbewilligungsprozesses für das laufende Haushaltsjahr 2019 bis zum 1. Oktober 2018, dem rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2019, nur gelungen, fünf von insgesamt zwölf Bewilligungsgesetzen zu verabschieden (vgl. Congress Report, 33, 2018, Heft 9-10, S. 3). Für die noch offenstehenden Bewilligungsgesetzentscheidungen wurden die Haushaltsansätze im Wege von *Continuing Resolutions* bis zum 22. Dezember 2018 fortgeschrieben, bis die Verhandlungen zwischen den Demokraten im Kongress und Präsident Trump über die Haushaltsbewilligung endgültig scheiterten.

Grund dafür war das Beharren Präsident Trumps auf Zuweisung von 5,6 Mrd. USD für den Bau einer Mauer im Südwesten der USA zu Mexiko, durch die er das illegale Zuwanderungsproblem aus Mittel- und Südamerika lösen möchte. Die Demokraten lehnen das Vorhaben ab und verweigerten im Senat unter Führung von *Minority Leader* Chuck Schumer (D-New York) mittels „Filibuster“-Drohung ihre Zustimmung zur Finanzierung von Trumps Mauerplänen, die dieser zu einem zentralen Versprechen seines Präsidentschaftswahlkampfes gemacht hatte.

Zwischenzeitlich haben sich die Konfliktparteien am 2. Januar 2019 zu Gesprächen im Weißen Haus getroffen, ohne dass jedoch eine Kompromissformel gefunden werden konnte. Nancy Pelosi (D-California), die neue *Madam Speaker* im Repräsentantenhaus (vgl. Punkt 9), stellte während des Treffens die rhetorische Frage, warum der Präsident einem Ende der Blockade nicht zustimmen wolle, worauf ihr Parteifreund, der Minderheitsführer der Demokraten im Senat, Chuck Schumer, den wartenden Journalisten erklärte: „He (the President, die Redaktion) could not give a good answer“. Versuche von Vizepräsident Mike Pence im Vorfeld des Treffens einen Kompromiss herbeizuführen, scheiterten am Widerstand des Präsidenten, der sich weiterhin siegessicher gab. „The United States needs a physical barrier“ so Trump, der sich auf den Slogan festgelegt hat: „Walls work“.

Während Nancy Pelosi im Repräsentantenhaus nun mit ihrer demokratischen Mehrheit im 116. Kongress im Rücken Einzelbewilligungsgesetze auf den Weg bringen will, um die Haushaltsblockade zu beenden, kündigte der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell (R-Kentucky) ungerührt an, dass er nicht beabsichtigt Gesetzesvorlagen des Repräsentantenhauses im Senat zur Abstimmung zu bringen, solange Präsident Trump nicht dazu bereit ist, diesen dann auch mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft zu verleihen.

Am 6. Januar eskalierten beide Parteien den Konflikt dann noch einmal verbal. Nancy Pelosi erklärte in der CBS-Sendung „Sunday Morning“ der amerikanischen Öffentlichkeit: „The impression you get from the President is that he would like to not only close government, build a wall, but also abolish Congress so the only voice that mattered was his own“. Trump wiederum drohte den Einsatz von exekutiven „Emergency Powers“ an, um die Finanzierung seiner Mauerpläne durchzusetzen. „Could be a long time, or it could be quickly“, erklärte Trump im Zusammenhang mit dem teilweisen Regierungsstillstand nach dem Treffen mit der demokratischen Opposition und fügte hinzu: „It’s too important a subject to walk away from“.

2. Senat rügt das saudische Königshaus im Fall Khashoggi scharf

Der republikanisch dominierte Senat hat Saudi-Arabien am 13. Dezember 2018 im Zusammenhang mit der Ermordung des saudischen Staatsbürgers Jamal Khashoggi scharf gerügt (vgl. Congress Report 33. 2018, Heft 9-10, S. 9-10).

In einer *Joint Resolution* (S. J. Res. 69), die am 13. Dezember 2018 in nicht namentlicher Abstimmung („voice vote“) angenommen wurde, verurteilte die Kammer die Ermordung Jamal Kashoggis am 2. Oktober 2018 in Istanbul und brachte die Überzeugung zum Ausdruck, dass Kronprinz Mohammed bin Salman („MBS“) für die Mordtat verantwortlich ist (<https://www.congress.gov/bill/115th-congress/senate-joint-resolution/69?q=%7B%22search%22%3A%5B%22S.+J.+Res.+69%22%5D%7D&s=2&r=2>).

Der Senat, in dem die Resolution neben dem zwischenzeitlich ausgeschiedenen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Bob Corker (R-Tennessee), auch von Senate Majority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) und seinem Fraktionskollegen Marco Rubio (Florida) unterstützt wurde, stellte sich mit seinem Votum direkt gegen Präsident Trump, der bisher jede Verwicklung des saudischen Kronprinzen Mohammed in die Ermordung Khashoggis geleugnet hat.

„(I)t could very well be that the Crown Prince had knowledge of this tragic event — maybe he did and maybe he didn’t!“, hatte Trump erklärt, um dann noch hinzuzufügen: „We may never know all the facts surrounding the murder of Jamal

Khashoggi. In any case, our relationship is with the United Kingdom of Saudi Arabia. They have been a great ally in our very fight against Iran.“

An anderer Stelle sprach Trump sieben Wochen nach der Ermordung Khashoggis im Konsulat Saudi-Arabiens in Istanbul vom Königreich als einem „truly spectacular ally“ der USA, obwohl auch sein Auslandsgeheimdienst CIA zwischenzeitlich zu dem Ergebnis gekommen war, dass Kronprinz Mohammed, der de facto oberste Entscheidungsträger Saudi-Arabiens, die Ermordung des Staatsbürgers seines Landes angeordnet hat.

Khashoggi lebte seit 2017 als Journalist und Regierungskritiker in den USA und hatte das Konsulat seines Landes am 28. September 2018 erstmals besucht, um Scheidungsdokumente ausfertigen zu lassen. Ihm war bedeutet worden am 2. Oktober wieder vorstellig zu werden. An diesem Tag, dem Tag seiner Ermordung im Konsulat zwischen 13:14 und 15:08 Uhr war er von einer Gruppe von 15 Geheimdienstagenten Saudi-Arabiens, die am selben Tag in die Türkei ein- und dann auch wieder ausgereist waren, zunächst gefoltert, dann ermordet und sein Leichnam anschließend zerstückelt und abtransportiert worden, wie der türkische Geheimdienst versichert. Die Mordtat ist nach türkischen Angaben vorab genau geplant gewesen.

Saudi-Arabien hat die Ermordung seines Staatsbürgers Khashoggi nach anfänglichem kategorischen Leugnen inzwischen als „rogue operation“ bezeichnet und 21 Tatverdächtige in Gewahrsam genommen, darunter zwei enge Berater des Kronprinzen, Ahmad bin Hassan al-Assiri und Saud al-Qahtani. Gleichwohl verwarfte sich Riad vehement gegen die vom Senat verabschiedete Resolution. „The Kingdom categorically rejects any interference in its internal affairs, any and all accusations, in any manner, that disrespect its leadership“, so die Verlautbarung aus Saudi-Arabien nach dem Senatsvotum.

In seiner Resolution, die allerdings keine rechtsbindende Wirkung hat, unterstreicht der Senat unter anderem auch, dass

- die irreführenden Aussagen der saudischen Regierung zur Ermordung Khashoggis das Vertrauen in die lange Freundschaft zwischen den USA und Saudi-Arabien unterminiert haben;
- die USA 17 Staatsbürger Saudi-Arabiens im Zusammenhang mit der Affäre Khashoggi nach Maßgabe des *Global Magnitzky Human Rights Accountability Act* (Public Law 114-328) mit Sanktionen belegt haben.

Die Regierung in Riad wird ferner davor gewarnt, ihre Waffenkäufe aus Russland und der Volksrepublik China und die damit verbundene militärische Kooperation fortzusetzen, da sie die „long-standing military-to-military relationship“ mit den USA gefährde.

Auch wird Riad aufgefordert, einen sofortigen Waffenstillstand und eine politische Lösung für den Krieg im Jemen anzustreben, in den Saudi-Arabien seit 2015 direkt verwickelt ist („aerial targeting assistance, intelligence sharing, mid-flight aerial refueling“ durch die USA).

Darüber hinaus unterstreicht die Joint Resolution, dass es keine Ermächtigungsresolution des Kongresses („no statutory authorization“) für die amerikanische Verwicklung in die Kampfhandlungen im Bürgerkrieg im Jemen gibt.

In diesem Zusammenhang hat der Senat ebenfalls am 13. Dezember 2018 mit 56:41 Stimmen Senate Joint Resolution 54 verabschiedet. In ihr wird der Präsident angewiesen,

- alle amerikanischen Streitkräfte binnen 30 Tagen aus dem Krieg im Jemen zurückzuziehen, es sei denn, der Kongress verfügt ein späteres Abzugsdatum oder spricht eine Ermächtigungsresolution aus.

Wörtlich heißt es in der Resolution: „Congress has not declared war with respect to, or provided a specific statutory authorization for the conflict between military forces led by Saudi Arabia, including forces from the United Arab Emirates, Bahrain, Kuwait, Egypt, Jordan, Morocco, Senegal, and Sudan (the Saudi-led coalition), against the Houthis, also known as Ansar Allah, in the Republic of Yemen“.

Zudem unterstreicht der Senat in seiner Resolution, der in der abgelaufenen 115. Legislaturperiode neben 47 Demokraten und zwei Unabhängigen auch sieben Republikaner zugestimmt hatten, dass das Recht zur Kriegserklärung qua amerikanischer Verfassung von 1787 beim Kongress liegt („Congress has the sole power to declare war under article I, section 8, clause 11 of the United States Constitution“).

„We cannot sweep under the rug the callous disregard for human life and flagrant violations of international norms the Saudis are showing“, so der Demokrat Robert Menendez (New Jersey) zur Begründung des Senatsvotums, und ergänzte: „Saudi Arabia has joined a sinister clique along with North Korea, Russia and Iran in its assassination of Jamal Khashoggi“. In eine ähnliche Richtung äußerte sich der republikanische Senator Lindsey Graham (South Carolina), dem eine Nähe zu Präsident Trump nachgesagt wird. „The relationship with the crown prince is so toxic, so tainted, so flawed that I can’t ever see myself doing business with Saudi Arabia in the future unless there is change there“, so Graham.

Mit dieser Einschätzung verbunden war unausgesprochen auch eine Kritik an Jared Kushner, dem 37-jährigen Schwiegersohn und „Senior Adviser“ von Präsident Trump, dem ein besonders enges Verhältnis zum 33-jährigen Kronprinzen Mohammed bin Salman nachgesagt wird. Dieses soll sich auf Betreiben der Saudis bereits kurz nach der Wahl Trumps zum 45. Präsidenten der USA im November 2016 entwickelt haben.

Das enge Verhältnis soll auch dazu beigetragen haben, dass Trumps erster Staatsbesuch im Mai 2017 dem saudischen Königshaus galt.

Der *New York Times* zu Folge haben Kushner und bin Salman ihre Telefonate und E-Mail-Gespräche auch nach dem 2. Oktober 2018, also dem Tag der Ermordung Jamal Khashoggis in Istanbul, fortgesetzt, obwohl der Kronprinz zunehmend als hauptverantwortlicher Drahtzieher ins Licht rückte. So soll am 9. Oktober ein Telefongespräch zwischen bin Salman, Kushner und Trumps Nationalem Sicherheitsberater John Bolton stattgefunden haben, in dem der Kronprinz Khashoggi als „gefährlichen Islamisten“ bezeichnet haben soll. Zu diesem Zeitpunkt galt der Journalist bereits sieben Tage als vermisst und neun Tage später mussten die saudischen Regierungsstellen dann einräumen, dass Khashoggi am 2. Oktober im Konsulat in Istanbul ums Leben gekommen war. Es ist davon auszugehen, dass sich der amerikanische und der türkische Nachrichtendienst zu diesem Zeitpunkt bereits über den Fall Khashoggi ausgetauscht hatten.

Präsident Trump schickte nach den beiden Senatsvoten gegen Saudi-Arabien und Mohammed bin Salman Außenminister Mike Pompeo und seinen wenig später zurückgetretenen Verteidigungsminister James Mattis (vgl. Punkt 4) zu nicht öffentlichen Briefings in das Repräsentantenhaus, um die Kammer, die in der 115. Legislaturperiode noch von den Republikanern kontrolliert wurde, von einem Votum zu Saudi-Arabien im Zusammenhang mit dem Fall Khashoggi abzuhalten. Mit Erfolg: Das Repräsentantenhaus zog eine gleichlautende Resolution zurück, um die strategische Partnerschaft mit Riad nicht zu gefährden, die von großer Bedeutung sei, um den wachsenden Einfluss des Irans in der Region zu konterkarieren.

Inwieweit der Druck im Kongress auf die Regierung in Riad im Zusammenhang mit der Ermordung Khashoggis nach dem Mehrheitswechsel im Repräsentantenhaus im Zuge der Zwischenwahlen 2018 (vgl. Punkt 6) zunehmen wird, bleibt abzuwarten. Kritiker im Kapitol dürften in der 116. Legislaturperiode (2019/2020) wahrscheinlich größeres Augenmerk auf die von Kronprinz Mohammed betriebenen Verhandlungen mit dem amerikanischen Energieministerium über den Kauf von bis zu 16 Kernkraftwerken legen. Von besonderem Interesse dürfte dabei die von Saudi-Arabien gewünschte eigenständige Urananreicherung für den Brennstoffkreislauf sein, die den Verdacht nahelegt, dass sich Riad dabei auch in den Besitz von Atomwaffen bringen könnte.

Saudi-Arabien verfügt über eigene Uranvorkommen und betreibt derzeit mehrere nukleare Forschungseinrichtungen. „It is one thing to sell them planes“, so Brad Sherman (D-California), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, in diesem Zusammenhang, „but another to sell them nukes, or the capacity to build them“. Kronprinz Mohammed hatte dem amerikanischen Fernsehsender CBS im März 2018 versichert, dass sein Land nicht die Absicht habe, sich in den Besitz von Nuklearwaffen zu bringen, eine Aussage, deren Glaubwürdigkeit nun allerdings im Zuge des Falles Khashoggi von Manchen im Kongress bezweifelt wird.

3. Massive überparteiliche Kritik im Kongress an Präsident Trumps Entscheidung zu Syrien

Im Kongress hat die Entscheidung Präsident Trumps vom 19. Dezember 2018, die amerikanischen Truppen aus dem Nordosten Syriens binnen 30 Tagen abzuziehen, massive Kritik in beiden parteipolitischen Lagern ausgelöst.

Trump hatte gegen den Widerstand seines daraufhin zurückgetretenen Verteidigungsministers, General a.D. James N. Mattis (vgl. auch Punkt 4), und seines ebenfalls aus Protest ausgeschiedenen Sondergesandten für die Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat, Brett H. McGurk, kurz vor Weihnachten überraschend angeordnet, dass die etwa 2000 amerikanischen Spezialkräfte zur Unterstützung der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG im Kampf gegen den Islamischen Staat (ISIS) aus Syrien zurückgezogen werden. „We have won against ISIS“, begründete der Präsident seine Entscheidung, und fügte hinzu: „Our boys, our young women, our men – they’re all coming back, and they are coming back now“.

Im Kongress löste das Vorgehen Trumps nicht nur bei der demokratischen Opposition, sondern auch in den Reihen seiner republikanischen Partei geradezu Entsetzen aus. Im Repräsentantenhaus meldeten sich Willam McClellan („Mac“) Thornberry (R-Texas) und Adam Smith (D-Washington), der alte und der neue Vorsitzende des *House Armed Services Committee*, gemeinsam in einer Presseerklärung zur Abzugsentscheidung Präsident Trumps aus Syrien zu Wort, was eher untypisch ist und die überparteiliche Irritation im Repräsentantenhaus unterstreicht.

„We are concerned that it would be a strategic error to remove U.S. forces precipitously from Syria without regard to the impact it might have on our ability to consolidate our military gains against ISIS, ensure the safety of our partners, including the Kurds and other Syrian Democratic forces, and uphold regional stability against malign forces such as Russia and Iran“, so die beiden Sicherheitspolitiker im Repräsentantenhaus alarmiert (Hervorhebung durch die Redaktion).

Der Republikaner und der Demokrat warnten auch davor, dass ISIS nach wie vor eine „tödliche Bedrohung“ für die nationale Sicherheit der USA darstellt und forderten den Präsidenten auf, eine „effektive Strategie“ vorzulegen. Auch müsse der Kongress in vollem Umfang informiert und in die Überlegungen eines Politikwechsels in Syrien einbezogen werden.

Im Senat schrieb eine Gruppe von sechs Senatorinnen und Senatoren einen Tag nach der Abzugsentscheidung Trumps aus Syrien einen offenen Brief an den Präsidenten. Die Republikaner Lindsey Graham (South Carolina), Marco Rubio (Florida) und Tom Cotton (Arkansas) sowie die Demokratinnen Jeanne Shaheen (New Hampshire) und Joni Ernst (Iowa) und der Unabhängige Angus King (Maine), zeigten sich besorgt und forderten Präsident Trump auf seine Abzugsentscheidung zu überdenken. ISIS sei nicht die einzige Bedrohung in Syrien. Die „brutale Diktatur“ Bashar al Assads sei es

genauso und ein Abzug würde dessen Versuche seine Machtbasis zu stabilisieren Vorschub leisten. Auch Russland und der Iran würden als sogenannte Schutzmächte Assads profitieren.

„The United States currently retains a small and limited military presence within Syria“, so die Unterzeichnenden des Protestbriefes an Präsident Trump. Diese Kräfte dienten „as a vital shield against ISIS cells operating within Northeast Syria“. Von einem vollständigen Sieg gegen diese Terrorzellen könne keine Rede sein. Der Präsident müsse das strategische Kalkül, auch mit Blick auf das Vertrauen der regionalen Partner und Verbündeten in die USA, noch einmal gründlich überprüfen. „Your administration“, so die republikanischen und demokratischen Senatorinnen und Senatoren „must not repeat the same mistakes that previous administrations have made“ (Hervorhebung durch die Redaktion). Der Subtext war unübersehbar und der Republikaner Graham sprach das nach einem Mittagessen mit Vizepräsident Mike Pence, in dem es auch um die Abzugsentscheidung aus Syrien ging, offen aus. „If Obama had done this“, so Graham, „we’d be going nuts right now: how weak, how dangerous“.

Präsident Trump hatte sich mit seiner Abzugsentscheidung, mit der er ein Wahlkampfversprechen erfüllte, über seinen Nationalen Sicherheitsrat hinweggesetzt. Während sein zwischenzeitlich dritter Nationaler Sicherheitsberater John R. Bolton öffentlich nicht widersprach, nahm Secretary of Defense James N. Mattis Trumps Vorgehen zum Anlass, um am 20. Dezember 2018 von seinem Amt als 26. Verteidigungsminister der USA zurückzutreten. (Das Rücktrittsschreiben kann eingesehen werden unter: <https://www.documentcloud.org/documents/5656059-Mattis.html>).

Mattis nutzte seinen Rücktritt auch dazu, seinen „Commander-in-Chief“ in seinem eingeschlagenen nationalistischen und unilateralen Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika offen zu kritisieren. „One core belief I have always held is that *our strength as a nation is inextricably linked to the strength of our unique and comprehensive system of alliances and partnerships*“, so Mattis. Der zurückgetretene Verteidigungsminister fügte dann an die Adresse des Präsidenten noch hinzu: „While the *US remains the indispensable nation in a free world, we cannot protect our interests or serve that role effectively without maintaining strong alliances and showing respect to those allies*“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Während Mattis seine Amtszeit am 28. Februar 2019 beenden wollte, ging Trump nach der Entscheidung seines Verteidigungsministers in die Offensive und betraute dessen bisherigen Stellvertreter Patrick M. Shanahan mit Wirkung zum 1. Januar mit der kommissarischen Nachfolge, der nun noch vom Senat in dieser Position bestätigt werden muss. Trump konnte es sich nach dem Rücktritt von Mattis dann nicht verkneifen mitzuteilen, dass er den zuvor von ihm wiederholt öffentlich bewunderten General a.D. eigentlich gefeuert habe („essentially fired“).

Auch sprach er nach Kritik aus den Reihen des Militärs an seiner Abzugsentscheidung aus Syrien von „failed generals“. Damit ist nach Ansicht von Beobachtern von Trump ein weiteres Tabu gebrochen worden. Oberst a.D. Peter R. Mansoor sprach von einem Risiko, dass, „whether the criticism (of Trump, die Redaktion) is deserved or not, future presidents may be less willing to trust their senior officers, thinking they’ll turn on them once they’re out of uniform, or they be less willing to promote officers who are very competent but perhaps independently minded“. General a.D. Karl W. Eickenberry, ein früherer Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte in Afghanistan, warnte vor einer Politisierung der Streitkräfte durch Trump. Schließlich gehöre es zu den Gründungsprinzipien der amerikanischen Republik, dass „unser Militär außerhalb der Politik steht“. Tom Nichols, Professor am *Naval War College*, schloss sich den mahnenden Worten General Eickenberrys an: „No American president has ever dared risk the American civil-military relationship for less cause or with such child malice“.

Nach einem Gespräch mit Senator Lindsey Graham (R-South Carolina) an Silvester im Weißen Haus soll Präsident Trump zwischenzeitlich bereit sein, seine Abzugsentscheidung in Syrien teilweise zu überdenken.

Zwischenzeitlich hat Sicherheitsberater Bolton im Rahmen von Gesprächen mit Regierungsvertretern in Israel den von Präsident Trump angekündigten Abzug der USA aus Syrien de facto wieder zurückgenommen. Die amerikanischen Streitkräfte könnten gegebenenfalls noch für Monate oder gar Jahre vor Ort bleiben, so Bolton am 6. Januar in Jerusalem. An die Türkei gerichtet wurde der Nationale Sicherheitsberater des Präsidenten ferner folgendermaßen zitiert: „We don’t think the Turks ought to undertake military action that’s not fully coordinated with and agreed to by the United States, at a minimum so they don’t endanger our troops“. Gemeint ist die Ankündigung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, türkische Truppen östlich des Euphrat kurdische Einheiten der YPG angreifen zu lassen, die Ankara als verlängerten Arm der als terroristisch eingestuften Arbeiterpartei Kurdistans PKK ansieht. Auch Außenminister Mike Pompeo hatte in einem *Briefing* für Journalisten im Vorfeld einer geplanten Reise in den Mittleren Osten in der ersten Januarwoche mitteilen lassen, dass es keinen festen Zeitplan für den Abzug der amerikanischen Spezialkräfte aus dem Nordosten Syriens gibt.

4. Personalkarussell in der Trump-Administration dreht sich weiter

Nach der herben Niederlage in den Zwischenwahlen 2018 hat Präsident Donald Trump den Umbau seiner Administration auf der Führungsebene zum Jahresende stark forciert.

Mit der abrupten Entlassung von Justizminister Jeff Sessions Anfang November 2018, dem Ausscheiden von Interior Secretary Ryan Zinke sowie den Rücktritten von Chief

of Staff John Kelly und Defense Secretary James Mattis, dem hoch angesehenen General a.D., steht Präsident Trump nun vor wichtigen Personalentscheidungen ohne klare Optionen für mögliche Nachfolger in diesen Schlüsselpositionen.

Die Entlassung von *Attorney General* Jeff Sessions hatte sich bereits seit längerer Zeit abgezeichnet. Präsident Trump hatte seinen Justizminister immer wieder scharf kritisiert, weil er sich auf Grund von persönlichen Interessenkonflikten von der Aufsicht über die Untersuchung einer russischen Einflussnahme auf die US-Wahlen 2016 durch den Sonderstaatsanwalt Robert Mueller ausgenommen hatte.

Als Interims-Besetzung hat Präsident Trump Matt Whitaker, den früheren *Chief of Staff* von Justizminister Sessions, benannt. Matt Whitakers Ernennung zum *Acting Attorney General* ist jedoch hoch kontrovers, weil er sich in den US-Medien einen Namen als scharfer Kritiker der Mueller-Untersuchung gemacht hat. Entgegen der Empfehlung der Ethik-Experten des US-Justizministeriums hat sich Whitaker nicht von der Aufsicht über die Mueller-Untersuchung entschuldigt.

Als möglicher Nachfolger von Jeff Sessions ist der frühere Justizminister von Präsident George H. W. Bush, William „Bill“ P. Barr im Gespräch. Doch auch Bill Barr ist unbeschadet seiner höchst respektablen Karriere als Jurist und Staatsanwalt ein umstrittener Nachfolgekandidat für Sessions. Wie Whitaker hat er sich öffentlich äußerst kritisch über die Mueller-Untersuchung geäußert. Barrs eventuelle Nominierung würde in den Anhörungen vor dem Senat jedenfalls zu scharfen Nachfragen über seine Haltung zu den Untersuchungen von Sonderstaatsanwalt Mueller führen.

Weit weniger brisant scheint das Ausscheiden von *Interior Secretary* Ryan Zinke. Zinke war in den zurückliegenden Monaten nicht nur wegen seiner politischen Entscheidungen, sondern auch wegen des exzessiven Gebrauchs von Bundesmitteln für Reisen und die Benutzung des Sicherheitsdienstes für private Zwecke in die Kritik geraten.

Die Entlassung von General a.D. John Kelly als *Chief of Staff* des Präsidenten hat sich ebenfalls seit längerer Zeit abgezeichnet. John Kelly hatte die Amtsführung des Präsidenten immer wieder offen kritisiert. Präsident Trump ist es bisher allerdings nicht gelungen, einen Nachfolger für diese Schlüsselposition in seiner Administration zu rekrutieren.

Nach Absagen mehrerer prominenter Anwärter hat Präsident Trump seinen bisherigen Budget Director Mick Mulvaney, als Interims-Nachfolger für Kelly benannt. Mulvaney hat das Amt des Stabsleiters des Präsidenten nur in einer vorübergehenden Funktion als „Acting chief of staff“ übernommen.

Große Aufmerksamkeit hat der Rücktritt von Verteidigungsminister James Mattis ausgelöst. Nach der überraschenden Ankündigung Präsident Trumps Mitte Dezember

2018, dass er die US-Streitkräfte zur Bekämpfung der IS Terroristen in Syrien schnell abziehen wolle, reichte Mattis seinen Rücktritt bis Ende Februar 2019 ein (vgl. Punkt 3).

Als Nachfolger von Mattis fungiert dessen bisheriger Stellvertreter, Patrick Shanahan, wiederum auf Interimbasis. Shanahan ist ein angesehener und erfahrener früherer Geschäftsmann, der seine Karriere in der Rüstungs-Firma *Boeing* gemacht hat. Für die Nachfolge von Mattis sind unter anderem die Senatoren Lindsey Graham (R-South Carolina) und Tom Cotton (R-Arkansas) im Gespräch.

Präsident Trumps Personalpolitik lässt für die verbleibende Amtszeit bis 2020 wachsende politische Kontroversen erwarten, nicht nur mit der demokratischen Opposition, sondern auch mit den beiden republikanischen Fraktionen im Kongress.

5. Kongress verabschiedet Strafrechtsreform mit breiten Mehrheiten

Das Repräsentantenhaus wie der Senat haben Mitte Dezember 2018 eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die darauf abzielt die oft drakonischen Bundesvorgaben für Haftstrafen abzumildern und Ungleichheiten insbesondere in der Behandlung von verschiedenen Typen von Drogendelikten zu beheben, die in der Strafpraxis Minderheiten benachteiligen.

Der Senat hat den „First Step Act“ (*Public Law 115-391*) am 18. Dezember mit 87 gegen 12 Stimmen angenommen. Das Repräsentantenhaus folgte am 20. Dezember ebenfalls mit einer breiten überparteilichen Mehrheit von 358:36 Stimmen.

Die Reform senkt eine Reihe von Mindeststrafen ab und gewährt den Gerichten breitere Spielräume in der Berücksichtigung mildernder Umstände und der Strafbemessung. Gewaltverbrechen bleiben allerdings von den Neuregelungen ausgenommen.

Entschärft wird vor allem die unter Präsident Bill Clinton 1994 eingeführte „three-strikes“-Regel, die bei dreimaliger strafrechtlicher Verurteilung automatisch lebenslange Haft vorsah. Das Strafmaß wurde auf 25 Jahre Haft verringert, was auch bereits Verurteilten zugutekommen soll.

Begleitend werden zusätzliche Mittel für Bildungsangebote während der Haftzeit bereitgestellt, die die Reintegration nach der Entlassung erleichtern und die Rückfallquote senken soll. Als Anreiz wird Inhaftierten, die an Schulungs- und Bildungskursen teilnehmen, eine Verkürzung der Haft in Aussicht gestellt.

Wie die Unterstützer der Strafrechtsnovelle selbst einräumen, sind die Auswirkungen der Reformen eher als moderat einzuschätzen. Der Titel des Gesetzes soll andeuten, dass es sich nicht um mehr als einen ersten Schritt handelt.

Dass sich das Gesetz gegen den hartnäckigen Widerstand konservativer Republikaner durchsetzen ließ, ist auf die starke Unterstützung durch Präsident Trump und libertär-konservative Kräfte wie die politischen Organisationen der bekannten Koch Brothers, zweier Multimilliardäre zurückzuführen, die sich seit längerem als großzügige Geldgeber der Partei engagieren.

Trumps Schwiegersohn und Berater, Jared Kushner, führte den Präsidenten und reform-willige Republikaner mit linken Bürgerrechtsaktivisten um die *American Civil Liberties Union* (ACLU) zusammen und sicherte damit eine breite überparteiliche Basis.

Der von fast allen Seiten gepriesene Akt der konstruktiven Zusammenarbeit von Demokraten und Republikanern wurde allerdings von den harten politischen Auseinandersetzungen um den Bundeshauhalt überschattet (vgl. Punkt 1).

6. Demokraten gewinnen klare Mehrheit in den Wahlen zum Repräsentantenhaus

Die Demokratische Partei hat in den Repräsentantenhauswahlen am 6. November 2018 eine deutliche Mehrheit der Sitze gewonnen. Die Zugewinne der Demokraten betragen, je nach Vergleichsmaßstab (siehe Tabelle), zwischen 40 und 42 Sitzen. Die Republikaner verloren eine entsprechende Sitzzahl.

Sitzverteilung im Repräsentantenhaus, 2016 – 2018			
	Demokraten	Republikaner	vakant
Wahlen 2016	194	241	--
Ende 115. Legislaturperiode	193	236	7*
Wahlen 2018	235	199	1

* 2 zuvor von Demokraten und 5 zuvor von Republikanern gehaltene Sitze.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Auszählung stellen die Demokraten 235 Abgeordnete, die Republikaner 199 Sitze. In einem Wahlkreis in North Carolina (8th District) steht das amtliche Endergebnis noch nicht fest. Aufgrund des äußerst knappen Stimmenvorsprungs des republikanischen Kandidaten und Betrugsvorwürfen gegen einen seiner Wahlkampfhelfer muss die Wahl gegebenenfalls wiederholt werden.

Die unterschiedlichen Angaben über die Gewinne und Verluste der Parteien ergeben sich aus den unterschiedlichen Referenzpunkten sowie der Einrechnung der vakanten Sitze zu dem Anteil der Parteien, die diese zuletzt gehalten haben. Doch wichtiger als die Frage, ob die Demokraten 40, 41, oder 42 Mandate hinzugewonnen haben, ist die historische Einordnung ihres Wahlerfolgs.

Für die Demokraten ist 2018 der größte Erfolg seit den Midterm Elections von 1974, den Zwischenwahlen unter den Vorzeichen der Watergate-Affäre und des Rücktritts Präsident Richard Nixons. Im Vergleich zu den Wahlen 1972 gewannen die Demokraten damals 49 Sitze hinzu.

Die Zwischenwählerfolge der Republikaner von 1994 (+54 Sitze) und 2010 (+63 Sitze) fielen größer aus. Doch der Blick auf die nationalen Wähleranteile in den jeweiligen Jahren bringt die Ergebnisse in eine andere Perspektive. Während die Republikaner 1994 und 2010 bei relativ geringer Wahlbeteiligung einen Stimmenvorsprung von unter 7 % erzielten, erreichten die Demokraten 2018 bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von knapp 50 % einen nationalen Vorsprung von etwa 8,5 % der Stimmen.

Warum sich dieser enorme Vorsprung im Stimmenanteil nicht in größere Zugewinne von Sitzen im Repräsentantenhaus übersetzt hat, hat verschiedene Gründe. Zum einen haben vor allem Wähler in den metropolitanen Zentren an der Ost- und Westküste für die Demokraten gestimmt. Zum anderen dämmt eine parteipolitisch motivierte Wahlkreiseinteilung (*Gerrymandering*) auch starke Wählerbewegungen ein. In beiden Fällen mindert die regionale und lokale Konzentration von Wählern unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts die Effekte von Wählerbewegungen ab.

Darüber hinaus starteten die Demokraten 2018 unter anderen Vorbedingungen als die Republikaner 1994 und 2010. Im Unterschied zu Bill Clinton 1992 und Barack Obama 2008 hatte Donald Trump 2016 keine *Coattails*. Trump wurde mit einer Minderheit der Stimmen gewählt und die Republikaner verloren 6 Sitze im Repräsentantenhaus. Damit war das Potenzial für Zugewinne der Demokraten in 2018 bereits geschmälert.

Vor diesem Hintergrund scheint es in der Tat angemessen von einer „blauen Welle“ (*Blue Wave*) zu sprechen. Den Demokraten ist es gelungen ungeachtet einer erfolgreichen Gegenmobilisierung der Republikaner unter Führung von Präsident Trump einen Mehrheitswechsel herbeizuführen. Das historische Muster der Demobilisierung der Wähler der Partei des Präsidenten und der Mobilisierung der

Opposition in den Zwischenwahlen wurde 2018 durchbrochen. Allerdings blieb ein „demokratischer Tsunami“ aus, auf den viele Demokraten insgeheim gehofft hatten.

Die höchsten Zuwächse verzeichneten die Demokraten in Kalifornien (7), New Jersey (4), Pennsylvania (4), New York (3) und Virginia (3). Die verbleibenden Zugewinne streuen breit und decken auch die inneren Regionen („Heartland“) und den historischen Süden ab. Von Virginia abgesehen vergrößerte sich das demokratische Sitzkontingent vor allem in Florida und Texas um jeweils 2 Abgeordnete.

Diese Ergebnisse sind zum einen auf die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung zurückzuführen, die mit knapp 50 % mehr als 10 % über der Zwischenwahlen der letzten Dekaden lag. Selbst unter Jungwählern (18-29) stieg die Wahlbeteiligung stark an. Sie stimmten mit großer Mehrheit (67 %) für demokratische Kandidaten. Bei älteren Wählergruppen zeigte sich ein ähnlicher Anstieg der Wahlbeteiligung, allerdings erzielten die Republikaner hier nur eine hauchdünne Mehrheit (<http://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/11/08/the-2018-midterm-vote-divisions-by-race-gender-education/>).

Zum anderen zeigen sich die bekannten Trends der Wählerverteilung zwischen den Parteien: Jüngere und besser ausgebildete Wähler, Minoritäten und Frauen in metropolitanen Regionen wählen zum Teil mit großen Mehrheiten Demokraten; weiße, ältere und religiös eingestellte Männer und ihre Lebenspartner aus ländlich geprägten Regionen wählen dagegen stärker republikanisch. Vor allem im direkten Umland größerer Städte (*Suburbs*) haben die Republikaner aber weitere Verluste unter besser ausgebildeten und verdienenden Wählern und Frauen hinnehmen müssen und eine Reihe von zuvor relativ sicheren republikanischen Distrikten verloren.

Ob die demokratischen Zugewinne und die republikanischen Verluste in den genannten Schlüsselgruppen ein vorübergehendes oder dauerhaftes Phänomen ist, bleibt vorerst eine offene Frage. Doch die Demokraten haben mit der Strategie, gesundheitspolitische und wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund zu rücken, stark gepunktet. Trumps Betonung der Einwanderungspolitik (*Border Wall*) hat zwar die eigene Parteibasis mobilisiert, aber auch viele Wähler verschreckt.

Sicher sind dagegen die Konsequenzen des demokratischen Wahlsiegs für die Verteilung der politischen Macht auf Bundesebene. Auch wenn die Republikaner weiterhin den Senat kontrollieren (siehe Punkt 7) und den Präsidenten stellen, ist die Position und das Selbstvertrauen der Demokraten in den anstehenden Auseinandersetzungen deutlich gestärkt.

Dies betrifft neben der laufenden Gesetzgebung vor allem die Befugnisse der Ausschüsse des Repräsentantenhauses der Untersuchung und Kontrolle. *Madam Speaker* Nancy Pelosi hat zwar versucht, den *Impeachment*-Enthusiasmus in Teilen ihrer Fraktion im Zaum zu halten, nicht zuletzt mit Verweis auf den noch ausstehenden Bericht des Sonderstaatsanwalts Robert Mueller. Aber klar ist, dass die demokratisch

geführten Ausschüsse sofort mit Anhörungen und Beweisaufnahmen in allen kritischen Punkten beginnen werden, die die Person Trumps ebenso wie führende Mitglieder seiner Administration betreffen (vgl. Punkt 9).

7. Republikaner bauen ihre Mehrheit in den Senatswahlen leicht aus

Die Republikanische Partei hat in den Senatswahlen am 6. November 2018 ihre Mehrheit in der Kammer nicht nur verteidigt, sondern konnte sie noch um 2 Sitze ausbauen (gemessen an der Sitzverteilung zum Ende des 115. Kongress, siehe Tabelle). Zu Beginn des 116. Kongress halten die Republikaner nun 53, die Demokraten 47 Senatssitze.

Sitzverteilung im Senat, 2016 - 2018			
	Demokraten*	Republikaner	vakant
Wahlen 2016	48	52	--
Ende 115. Legislaturperiode	49	51	--
Wahlen 2018	47	53	--

* Die parteilosen Senatoren Angus King (Maine) und Bernie Sanders (Vermont) haben sich der demokratischen Fraktion angeschlossen und sind in die Angaben eingerechnet.

Insbesondere Präsident Donald Trump charakterisierte die Zugewinne als „historischen Erfolg“ und erklärte sich selbst und die Republikaner zum Sieger der Zwischenwahlen.

Doch Zugewinne oder keine Verluste für die Partei des Präsidenten sind im Senat alles andere als präzedenzlos oder ungewöhnlich. Der Grund hierfür ist, dass alle zwei Jahre nur ein Drittel der Senatoren zur Wiederwahl stehen. Deswegen kommt es immer wieder zu von dem nationalen Votum im Repräsentantenhaus abweichenden Ergebnissen.

Die Präsidenten Kennedy (1962: +4), Nixon (1970: +2) und Bush (2002: +2) konnten Zugewinne für ihre Parteien verzeichnen, Reagan (1982: +-0) und Clinton (1998: +-0)

vermieden zumindest Verluste. Der Rekordhalter in dieser Kategorie bleibt jedoch bis heute Präsident Roosevelt (1934: +9).

Ein genauerer Blick auf die Landkarte der Senatswahlen 2018 zeigt zunächst, dass die Demokraten 26 der anstehenden 35 Sitze (einschließlich zwei Nachwahlen für Interims-Besetzungen) verteidigen mussten, die Republikaner nur 9. Zudem hatte Präsident Trump 2016 in 10 von den Demokraten zu verteidigenden Staaten zum Teil mit großer Mehrheit gewonnen, insbesondere in North Dakota und West Virginia.

Deswegen hatten die Republikaner ursprünglich gehofft, ihre Mehrheit 2018 stark ausbauen zu können, möglicherweise auf bis zu 60 Sitze. Gemessen an solchen Erwartungen nimmt sich das Ergebnis von 2018 eher bescheiden aus.

Doch auch die von nicht wenigen Demokraten im Stillen gehegten, aber selten offen ausgesprochenen Hoffnungen auf einen „demokratischen Tsunami“ und eine knappe Senatsmehrheit haben sich als unbegründet erwiesen. Die Demokraten können allerdings zufrieden sein, dass sie mehr als Zweidrittel der Senatswahlgänge für sich entschieden und eine mögliche Katastrophe abgewendet haben.

Unter diesen Rahmenbedingungen zeigen die Senatswahlen eine Reihe bemerkenswerter Muster. *Erstens* konnten sich die Demokraten in den sogenannten „rust belt states“, in denen sich Präsident Trump 2016 seine Mehrheit im *Electoral College* gesichert hatte, behaupten.

In Pennsylvania gewann Senator Bob Casey, in Ohio Senator Sherrod Brown, in Ohio Senatorin Debbie Stabenow, in Wisconsin Senatorin Tammy Baldwin und in Minnesota die Senatorinnen Amy Klobuchar und Tina Smith, alle ohne allzu große Mühe. Eine gewisse Ausnahme ist Indiana, Senator Joe Donnelly unterlag seinem republikanischen Herausforderer, Mike Brown, mit 45 gegen 51 % der Stimmen. Indiana gilt allerdings als ein traditionell republikanischer Staat.

Zweitens ist herauszustreichen, dass sich in klassischen „red states“ die republikanischen Kandidaten, ungeachtet des nationalen Rückenwinds für die Demokraten, auch gegen erfahrene Amtsinhaber durchsetzen konnten. In North Dakota verlor Senatorin Heidi Heitkamp gegen ihren republikanischen Gegenkandidaten Kevin Cramer mit 55 gegen 45 % der Stimmen. Senatorin Claire McCaskill unterlag in Missouri dem Republikaner Josh Hawley mit 45 gegen 52 % der Stimmen.

Drittens ist bemerkenswert, dass sich in „purple states“, die weder von den Demokraten noch von den Republikanern kontrolliert werden, demokratische Kandidatinnen durchsetzen konnten. In Arizona gewann Kyrsten Synema knapp gegen ihre republikanische Gegnerin, Martha McSally, mit 50 gegen 48 %. McSally wurde allerdings von Arizonas Gouverneur als Nachfolgerin von Senator Jon Kyl eingesetzt, der 2018 kurzfristig die Interims-Besetzung des Sitzes des verstorbenen Senators John

S. McCain übernommen hatte.

Eine ähnliche Überraschung präsentierte der klare Sieg der Demokratin Jackie Rosen gegen den amtierenden republikanischen Senator Dean Heller in Nevada mit 52 gegen 44 % der Stimmen. Rosens Sieg trug entscheidend dazu bei, die Verluste der Demokraten zu begrenzen.

Aus dem generellen Rahmen fallen die Senatswahlen in Florida und West Virginia. In Florida gewann der amtierende republikanische Gouverneur, Rick Scott, gegen den amtierenden demokratischen Senator, Bill Nelson, mit 50.1 % gegen 49.9 % der Stimmen. Senator Joe Manchin gewann in West Virginia weniger knapp gegen seinen republikanischen Herausforderer, Patrick Morrisey, mit 49.5 gegen 46.3 % der Stimmen.

Die vermittelt durch die komplizierte Landkarte der Senatswahlen 2018 sehr nuancierte Botschaft ist, dass sich die Republikaner in den von ihnen dominierten Staaten unverändert behaupten können. Gleichmaßen können sich die Demokraten in den traditionell von ihnen kontrollierten Staaten halten und ihre Standfestigkeit gegen den Trend von 2016 konsolidieren. In „purple states“ wie Arizona, Florida und Nevada sind die Demokraten leicht im Vorteil, aber der Weg bleibt steinig und steil.

Mit Blick auf die Bundespolitik genießen die Republikaner im Senat nach den Wahlen von 2018 eine etwas komfortablere Mehrheit als zuvor. Doch von einer 60 Stimmen-Mehrheit, die in der regulären Gesetzgebung ein Filibuster, die Verweigerung der Beendigung der Debatte, verhindern kann, sind Majority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) und seine Fraktion weit entfernt.

Was sich für McConnell und die Republikaner im Senat verändert hat, ist vor allem die Refokussierung der Perspektive auf die Wahlen 2020. Profilierte republikanische Kritiker Präsident Trumps wie die Senatoren John McCain (Arizona), Bob Corker (Tennessee) oder Jeff Flake (Arizona) mögen der Vergangenheit angehören. Doch prominente Senatoren wie Mitt Romney (Utah), auch wenn sie nur in Einzelfällen gegen die Politik Präsident Trumps stimmen, sind nicht zu unterschätzende Kontrahenten in der öffentlichen Debatte.

Darüber hinaus stehen 2020 mehr als 20 republikanische Senatoren zur Wiederwahl an. Mit Blick auf die Wahlen von 2018 sehen sich eine Reihe von Republikanern mit ernststen Herausforderungen konfrontiert. Insbesondere Martha McSally (Arizona), Susan Collins (Maine), Corey Gardner (Colorado) und Thom Tillis (North Carolina) stehen vermutlich vor harten Wahlkämpfen.

Andere Senatoren mögen sich in ihren Staaten sicherer fühlen, aber die demographischen wie die politischen Trends ebenso wie der Unsicherheitsfaktor der Trump-Präsidentschaft erhöhen den Druck auf die republikanische Fraktion im Senat, ohne dass eine Mehrheit von 53 anstelle von 51 Stimmen deutlich bessere Chancen für

die reguläre Gesetzgebung bietet, die unverändert 60 Stimmen im Senat und eine Mehrheit im Repräsentantenhaus erfordert.

8. Demokraten verzeichnen signifikante Zugewinne in den Wahlen der Einzelstaaten

Neben Repräsentantenhaus und Senat hat ein Großteil der US-Bürger am 6. November 2018 auch über die Gouverneure und Legislativen in den Einzelstaaten entschieden. In 36 Staaten und 3 US-Territorien standen die Gouverneure zur Wahl. Zudem wurden in 46 der 50 Einzelstaaten die zumeist bikameralen Legislativen neu gewählt.

Aufgrund der großen Zahl republikanischer Gouverneure fanden die meisten Wahlen in republikanisch kontrollierten Staaten statt. Entscheidungen standen in 26 von Republikanern und 9 von Demokraten gehaltenen Einzelstaaten an. Das Gouverneursamt in Alaska hatte zuletzt ein parteiloser Kandidat (*Independent*), Bill Walker, inne.

Demokratische Kandidaten gewannen 7 Gouverneursämter in den Einzelstaaten hinzu, in Illinois, Kansas, Maine, Michigan, Nevada, New Mexico und Wisconsin, sowie in zwei US-Territorien, Guam und den US-Virgin Islands. In Alaska konnten die Republikaner einen von einem parteiunabhängigen Kandidaten gehaltenen Gouverneursposten für sich gewinnen.

Auch in den Wahlen zu den Einzelstaaten-Legislativen konnten die Demokraten punkten. Nach dem aktuellen Stand der Auszählungen gewannen sie insgesamt 350 Sitze hinzu, einschließlich vorheriger Nachwahlen seit dem Amtsantritt Präsident Trumps, fast 400. Damit gewannen sie die Kontrolle über mehrere Kammern in den Einzelstaaten, im Einzelnen in Colorado (*Senate*), Connecticut (*Senate*), Maine (*Senate*), Minnesota (*House*), New Hampshire (*House, Senate*) und New York (*Senate*).

Nur wenige einzelstaatliche Wahlen konnten im Schatten der *Midterm Elections* für den Kongress nationale Aufmerksamkeit finden. Doch die Kandidaturen von Stacy Abrams in Georgia und Andrew McGillum in Florida, die beiden ersten schwarzen Gouverneurskandidaten in diesen Staaten, zogen große Aufmerksamkeit auf sich. Abrams und Gillum unterlagen ihren republikanischen Gegnern, Brian Kemp und Ron DeSantis, relativ knapp. Doch ihre starken und inspirierten Kampagnen zeigten, dass heute auch in den US-Südstaaten Minderheitenkandidaten eine Chance auf den Gewinn von staatenweiten Ämtern haben.

Über die einzelnen Wahlen hinaus signalisieren die Wahlkämpfe in den US-Einzelstaaten zudem, dass sich die Demokraten national in einem politischen Aufwind befinden. Für den kommenden Bundeszensus 2020 und die sich daran anschließende

Neueinteilung der Wahlkreise des Repräsentantenhauses durch die Einzelstaaten haben sich zudem ihre Einflusschancen sichtlich verbessert.

9. Demokratin Pelosi zur *Madam Speaker* des Repräsentantenhauses gewählt

Das Repräsentantenhaus hat zu Beginn seiner 116. Legislaturperiode am 3. Januar 2019 die Demokratin Nancy Pelosi (California) zum *Speaker* der Kammer gewählt. Die neue *Madam Speaker* wurde von der demokratischen Mehrheitsfraktion, die in den *Midterm Elections* 40 Sitze dazugewonnen hatte (siehe Punkt 6), mit 220 Stimmen gewählt. Rechnerisch wäre eine Mehrheit von 218 Stimmen erforderlich gewesen.

In der Fraktionsabstimmung hatten sich ursprünglich nur 203 Mitglieder für die 78-jährige Pelosi ausgesprochen, die seit 1987 den 12. Wahldistrikt Kaliforniens im Kongress vertritt und bereits zwischen 2007 und 2011 als erste Frau in den Vereinigten Staaten das Amt des „Speaker“ innehatte. Zwischenzeitlich war es Pelosi jedoch gelungen auch die jüngeren, linken Fraktionsmitglieder von sich zu überzeugen. Die neue „Madam Speaker“ gilt als sehr erfahrene und strategisch kluge Politikerin, der ähnlich wie dem damaligen *Speaker* Thomas Philipp „Tip“ O’Neill (D-Massachusetts) während der Präsidentschaft des Republikaners Ronald Reagan (1981-1989) zugetraut wird, die Oppositionsrolle gegenüber Präsident Trump kraftvoll und selbstbewusst auszufüllen.

Pelosi möchte in das Zentrum ihrer politischen Agenda unter anderem die Einkommensungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft und die Bedrohung durch den Klimawandel stellen. „Our nation“, so die Demokratin, „is at a historic moment. Two months ago, the American people spoke and demanded a new dawn“. Auch wies die neue Oppositionsführerin, die zuvor mit der Aufgabe des *Minority Leader* im Repräsentantenhaus betraut war, darauf hin, dass es für sie ein „Privileg“ sei mit mehr als 100 weiteren Frauen im Repräsentantenhaus als *Congresswomen* zu dienen. Als Pelosi 1987 das erste Mal in das Repräsentantenhaus einzog, gehörten der Kammer gerademal 23 Frauen an.

Zur Führungsmannschaft Nancy Pelosis in der demokratischen Fraktion des 116. Kongresses gehören Steny Hamilton Hoyer (Maryland) als *Majority Leader*, James Enos „Jim“ Clyburn (South Carolina) als *Majority Whip* sowie Ben Ray Luján (New Mexico) als *Assistant Speaker* und *Democratic Caucus Chairman* Hakeem Jeffries (New York).

Die republikanische Minderheitsfraktion in der 116. Legislaturperiode des Repräsentantenhauses wird angeführt von Kevin McCarthy (California). Ihm steht als *Republican Whip* Steve Scalise (Louisiana) sowie Liz Cheney (Wyoming) als *Republican Conference Chairwoman* und Gary Palmer (Alabama) als *Republican Policy Committee Chairman* zur Seite.

Unter den Vorsitzenden der 21 Ausschüsse im Repräsentantenhaus, die von der demokratischen Mehrheitsfraktion gestellt werden, befinden sich Nita M. Lowey (New York) als Vorsitzende des mächtigen Bewilligungsausschusses („Appropriations“), Adam Smith (Washington) als neuer Vorsitzender des Streitkräfteausschusses („Armed Services“), Eliot Engel (New York) als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses („Foreign Affairs“), Bennie Thompson (Mississippi) als Vorsitzender des Ausschusses für Heimatschutz („Homeland Security“), Adam B. Schiff (California) als Vorsitzender des Geimdienstausschusses („Intelligence“), Jerrold Nadler (New York) als Vorsitzender des Rechtsausschusses („Judiciary“) sowie Elijah E. Cummings (Maryland) als Vorsitzender des „House Oversight and Government Reform Committee“.

Im Senat, in dem die Republikaner auch in der 116. Legislaturperiode über eine Mehrheit verfügen (siehe Punkt 7), fungiert Mitch McConnell (Kentucky) weiterhin als Majority Leader. Ihm stehen John Thune (South Dakota) als sein Stellvertreter und John Barrasso (Wyoming) als Republican Conference Chairman zur Seite. Als Stellvertreterin Barrassos wurde Senatorin Joni Ernst (Iowa) gewählt.

Unter den republikanischen Vorsitzenden der 20 Ausschüsse des Senats im 116. Kongress befinden sich Richard C. Shelby (Alabama), *Appropriations Committee*, der diese Aufgabe im April 2018 übernommen hat, James M. Inhofe (Oklahoma), *Armed Services Committee*, der an die Stelle des verstorbenen John McCain (Arizona) gerückt war (vgl. Congress Report, 33, 2018, Heft 9-10, S. 11), James E. Risch (Idaho), *Foreign Relations Committee*, der die Nachfolge des ausgeschiedenen Bob Corker (Tennessee) angetreten hat sowie Richard M. Burr (North Carolina), *Intelligence Committee*.

Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion

Dr. Söhnke Schreyer

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Herausgeber

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Politikwissenschaft II

Technische Universität Kaiserslautern

Postfach 3049

67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)



KAISERSLAUTERN